

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis monatlich, drei Haus 2,50 M., (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpostf. 2 / Fernsprecher: 17259 / Politschredaktion Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-L., Osterbahnpostf. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 12-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Normzeitung oder deren Raum 0,35 M., für Familienanzeigen 0,20 M., für die Restzeitung anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitung 1,50 M. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L., Osterbahnpostf. 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 3. Juli 1929

Nummer 152

## Zörgiebel organisiert Sowjetspionage

Orloff-Memorandum überführt die Kriminalräte Heller, Braichowig und Bonnas — Schwere Mißhandlungen politischer Gefangener durch faschistische Beamte in Gollnow — Hochverratsprozesse und Gefängnisstrafen gegen kommunistische Redakteure



Orloff auf der Anklagebank

Berlin, den 2. Juli 1929.

Die Fortsetzung des 1. Verhandlungstages im Orloff-Pawlownski-Prozess ergab, daß Pawlownski von den verschiedenen Regierungsjournalisten Gelder für seine Spionagetätigkeit bezogen hatte. Pawlownski erklärte u. a. auf die Frage seines Verhältnisses zu Stiermetz, daß er von ihm 650 Mark Gehalt monatlich bezogen hat. Diese 650 Mark erhielt Pawlownski teilweise von der Abteilung 1a des Polizeipräsidenten (200 M.), den anderen Teil vom Reichskommissariat für öffentliche Ordnung (450 M.). Der Kriminalkommissar Heller, der nach der Verhaftung der Fälscher die Untersuchung gegen sie zu führen hatte, ist identisch mit jenem Heller, der die 200 Mark aus dem Polizeipräsidenten Zörgiebel an Pawlownski abführte. Die Verteidigung macht als Entlastungsmoment für Pawlownski geltend, daß er bereits seit fünf Jahren von den deutschen Behörden für seine Spionagetätigkeit bezoldet wurde.

Eine weitere wichtige Enthüllung brachte der Prozeß dadurch, daß festgestellt wurde, daß der Fälscher Orloff, trotzdem er bereits in Haft sei, von dem Kriminalkommissar Dr. Braichowig den Auftrag erhielt, ein Sachverständigengutachten herzustellen, durch das bewiesen werden sollte, daß es sich bei einem militärischen Geheimvertrag um eine Fälschung handele. Diese Tatsache zeigt, daß, wenn nicht ein starker amerikanischer Druck auf die deutsche Regierung ausgeübt worden wäre, Orloff und Pawlownski immer noch, ohne in ihrer Tätigkeit gestört zu werden, für die deutschen Behörden arbeiten würden. Für die Charakteri-

stik Orloffs ist übrigens noch eine andere Tatsache interessant. In seiner Wohnung wurden eine Anzahl pornographischer Fotografien, Tüten mit Geschlechtsorganen vorgefunden.

Gestern konnte die Note Fahne, das von Orloff im Gefängnis geschriebene Memorandum, das beweist, daß noch am 24. Mai die politische Abteilung des Polizeipräsidenten den unter Anklage stehenden Verbrecher als politischen Sachverständigen benutzte, veröffentlicht. Heute veröffentlicht die Note Fahne ein handschriftliches Exposé Orloffs, das endgültig Klarheit schafft, in wessen Auftrag Orloff seine verbrecherische Tätigkeit seit Jahren ausübte. Der Wortlaut des fotografisch von der Note Fahne wiedergegebenen Schriftstückes lautet:

„Das Polizeipräsidentium Berlin wußte, daß ich gute Verbindungen hatte. Man hat mich um Unterstützung. Das Polizeipräsidentium hatte durch mich eine gute Quelle in der Person eines Angehörigen einer bolschewistischen Organisation gefunden, der mir mitteilte, welche Personen von bolschewistischen Persön-

lichkeiten hier in Deutschland heimlich gegen das Regimentsystem arbeiten. Auch auf Bitten des Polizeipräsidenten konnte ich helfen im Falle Szenario-Braun. Auf andere Gefälligkeiten, die ich der Polizei erwiesen habe, will ich hier nicht weiter eingehen und nur bemerken, daß ich sehr oft den Besuch von Beamten bekam, um Auskunft über Personen, Fotografien, Biographien und Erklärungen über bolschewistische Arbeit zu erhalten. Kriminalrat Bonnas, Heller und Dr. Braichowig können beweisen, daß diese Arbeiten von mir nur auf Initiative des Polizeipräsidenten erfolgten.“

Die Note Fahne schreibt dazu u. a.: „Versteht man jetzt, warum die Boninterführung gegen die Verbrecher so langsam vor sich ging? Orloff war das Zentrum der amibolschewistischen Tätigkeit des Zörgiebel-Regiments. Darum wurde er geschont. Der Hauptverdächtige litt nicht auf der Anklagebank im kleinen Gerichtssaal zu Ronbitz, sondern immer noch auf dem Präsidentenstuhl im roten Haus am Alexanderplatz.“

## Blutige Niedererschlagung kommunistischer Festungsgefangener

Gollnow, 3. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Gollnower drei kommunistischen Festungsinvaliden Schneider, Erdmann und Preuß wurden am Sonntag von einem Stoßtrupp faschistischer Festungsbeamter in unerhörter Weise mißhandelt. Dieser brutale Übergriff ist eine Wiederholung der Vorfälle vom Freitag, bei denen auf Befehl der Verwaltungsdirektion die auf dem Festungshof befindlichen kommunistischen Gefangenen in vielfacher Weise niedergeschlagen und in den Haftzellen geschleift wurden. Man hatte den Gefangenen die täglich zustehende Freizeit gekürzt. Trotzdem bezogen sich die Genossen am Freitagabendmittag auf den Hof, erklärten aber, daß sie freiwillig in ihre Zellen wieder zurückgehen würden. Darauf drangen 10 Beamte auf die Genossen ein, wandten Insultsgriffe an, schlugen sie mit Fäusten ins Gesicht, würgten sie an der Kehle

und traten sie mit Stiefelabsätzen. Diese Brutalitäten dauerten 1/2 Stunde. Blutüberströmte wurden die Genossen zurück in die Zellen geschleift. Am Sonntag weigerte sich das Aufsichtspersonal abermals, die Kommunisten zur Freilassung in den Hof zu lassen, während bürgerliche Gefangene, Duellschläger und Offiziere diese Freiheit genossen. Die Genossen wollten wiederum freiwillig in ihre Zellen zurückgehen. Trotzdem schlugen die entmenschten Beamten wieder solange auf sie ein, bis sie zusammenbrachen, und schleiften sie über den Pfasterhof in den Haftraum.

Die Arbeiterchaft muß hiergegen schärfsten Protest erheben. Die sofortige Freilassung der Genossen und die Bestrafung der Bestien von Beamten fordern.

## Regierung auf Bewährungsfrist

Übergangsstufe zur Koalition

Dresden, den 3. Juli 1929.

R.R. Der sächsische Ministerpräsident Dr. Bünzger hat, wie heute durch die bürgerliche Presse mitgeteilt wird, ein Kabinett zusammengestellt. Dieses Kabinett soll als sogenanntes Fachministerium vor den Landtag treten. Bünzger selbst behält neben dem Ministerpräsidenten das bisher von ihm verwaltete Volksbildungsministerium.

Das Wirtschaftsministerium behält Dr. Krug v. Nidda, das Finanzministerium Weber (Wirtschaftspartei), zum Innenminister hat Bünzger den Kreisshauptmann Richter, Baunen, berufen, und zum Justizminister den Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Mansfeld.

Das Arbeitsministerium bleibt vorläufig unbelegt.

Es soll aber nicht eingepart werden, sondern später die Ernennung eines Arbeitsministers erfolgen. Der Dresdner Anzeiger lobt heute den neuen Justizminister und den Innenminister, die beide offiziell keiner Partei angehören, als ausgesprochene Fachleute. Das Verbleiben des Deutschnationalen Krug v. Nidda im Amt bedeute faktisch auch, daß hier ein Fachmann als Minister geblieben sei. Der Anzeiger schreibt heute einen längeren Artikel über die Bildung des Ministeriums. Von den Parteien im Landtag sind in diesem Ministerium vertreten die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei. Von den 98 Stimmen im Landtag verfügt damit dieses Kabinett über 37 Stimmen. Eine Mehrheit ist also für dieses Kabinett keinesfalls vorhanden. Es ist auf die absolute und bedingungslose Unterstützung der Nationalsozialisten, der Demokraten und der Aufwärtler angewiesen. Erst mit diesen zusammen verfügt das Kabinett über eine Mehrheit im Landtag. Es ist immerhin möglich, daß diese Mittelparteien die dauernd hin- und herschwanken und über eine grundsätzliche politische Einstellung keineswegs verfügen, dieses Kabinett mindestens vorübergehend unterstützen werden.

Interessant ist die Haltung der Nationalsozialisten. Wie veröffentlichten an anderer Stelle einen Brief des Kapitänsleutnants v. Müde, der, wie wir gestern schon mitteilten, im Auftrag der Reichsleitung an die kommunistische und sozialdemokratische Fraktion geschrieben hat und die Unterstützung der Nationalsozialisten für eine Regierung aus diesen beiden Parteien ankündigt. Zur selben Zeit, wo Müde angeblich im Auftrag seiner Reichsleitung dieses Angebot macht, organisieren die sächsischen Nationalsozialisten für heute abend einen Kummel in den Blumenjulen mit dem Thema: „Der marxistische Regierungshandeln.“ Wie der Anzeiger mitteilt, hat die sächsische Fraktion der Nationalsozialisten den Schritt des Herrn v. Müde abgelehnt und eine entsprechende Erklärung abgegeben. Immerhin ist dies für die Entwicklung der Nationalsozialisten und das Durcheinander bei denselben sehr bezeichnend. Gestern erfuhr wir, wie wir ebenfalls an anderer Stelle schon mitteilten,

## Am 1. August — zieht die Bilanz des Weltkrieges!

Kriegsverluste im imperialistischen Weltkriege 1914—1918

	Tote	Verwundungen
Deutsches Reich	1 824 051	4 247 105
Frankreich (weiße Truppen)	1 358 872	2 560 000
Frankreich (farbige Truppen)	67 000	140 000
England (ohne Kolonien)	743 702	1 693 262
England (Kolonien)	202 321	428 644
Italien	496 921	949 576
Belgien	115 000	—
Serbien	690 000	—
Vereinigte Staaten von Nordamerika	56 618	254 994

Die Gesamtzahl der Toten aller Heere betrug 10 Millionen Tote und 20 bis 30 Millionen Verwundete. Nach den Schätzungen der militärischen Sachverständigen ist diese Zahl eher zu niedrig als zu hoch bemessen. Im nächsten imperialistischen Krieg, den die internationale Bourgeoisie gemeinsam mit der internationalen Sozialdemokratie feierhaft vorbereitet, soll es anstatt 10 Millionen Tote 20 Millionen Tote, anstatt 20 Millionen Verwundete 40 oder 60 Millionen Verwundete oder Krüppel geben.

Die Arbeiter und die Werktätigen, die sich nicht willenlos auf die imperialistische Schlachtbank schleppen lassen wollen, die bereit sind, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg zu führen, marschieren am 1. August, am Internationalen Roten Tag, gegen das neue Völkergemetzel, für die Verteidigung der Sowjetunion auf.

